

Standorte der Europäischen Institutionen

Die EU hat sich im Lauf ihrer Entwicklung einen breiten Sockel von Organen und Einrichtungen zugelegt, die in europäischen Angelegenheiten entscheiden, beraten, verwalten und kontrollieren. Um den Sitz dieser Institutionen wurde aus politischen und wirtschaftlichen Gründen, aber auch wegen ihrer symbolhaften Bedeutung, stets heftig gerungen. Ende 1992 – gerade noch rechtzeitig vor dem Übergang zur Europäischen Union – gelang es den Staats- und Regierungschefs, das jahrelange Tauziehen um die Standorte der Gemeinschaftsorgane zu beenden. Sie bestätigten die damals schon seit über dreißig Jahren bestehende Aufteilung der Funktionen auf die drei Europa-„Hauptstädte“ Brüssel, Straßburg und Luxemburg. **Brüssel** ist offizieller Sitz des Rats und der Europäischen Kommission und seit 2004 auch ständiger Tagungsort der Gipfeltreffen des Europäischen Rats. In **Straßburg** hält das Europäische Parlament seine regulären monatlichen Plenartagungen ab. Ausschussberatungen und außerordentliche Plenartagungen finden in Brüssel statt. In **Luxemburg** residieren der Europäische Gerichtshof und der Europäische Rechnungshof. Als Sitz der Europäischen Zentralbank kommt **Frankfurt am Main** hinzu.

Geographisch breiter gestreut sind die Standorte der zahlreichen europäischen **Fachagenturen und Institute**, die als selbstständige Einrichtungen bestimmte Aufgaben verwaltungsmäßiger, technischer oder wissenschaftlicher Art wahrnehmen. Als Frankfurt 1993 den hart umkämpften Sitz der EZB zugesprochen bekam, wurden gleichzeitig alle Mitgliedstaaten, die bis dahin leer ausgegangen waren, mit neuen europäischen Einrichtungen – von der *Arzneimittel-Agentur* bis zum *Markenamtsamt* – bedacht. 1997 folgte die heutige *Agentur für Grundrechte* und 2000 die *Europäische Agentur für den Wiederaufbau* auf dem Balkan, deren Mandat 2008 wieder auslief.

Ende 2003 einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die Standorte weiterer Agenturen und Ämter, darunter der *Agentur für Flugsicherheit* in Köln. Im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nahm 2005 die *Europäische Verteidigungsagentur* in Brüssel ihre Arbeit auf. Als Standort der *Grenzschutzagentur FRONTEX* wurde 2005 Polen als erstes der osteuropäischen Beitrittsländer in das Netz der europäischen Institutionen einbezogen. Seitdem kamen weitere Agenturen in den östlichen und südlichen EU-Staaten hinzu – zuletzt die *Agentur für die Zusammenarbeit der Energie-regulierungsbehörden* in Ljubljana und die *Agentur für große IT-Systeme* in Tallinn. Die *Agentur für das Europäische GNSS* (Navigationssatellitensystem) verlegte ihren Sitz 2012 von Brüssel nach Prag.

